



Liebe Freunde,

In der vergangenen Woche wurde der Bundespräsident Horst Köhler vereidigt. Es war ein Erlebnis. Er überwand die Steifheit, wurde dem Ernst der Situation gerecht und schaffte es zugleich, das ganze Haus in gelöste Heiterkeit zu versetzen. Die Rede ist lesenswert und dies wegen ihrer politischen Aussagen und der Klarheit der Sprache. Es ist schön, einen Präsidenten zu haben, der nicht der oberste Bedenkenträger der Nation ist.

In den letzten Wochen unterstützten uns zwei Praktikanten: Mairita Rudzaja aus einem kleinen Fischerdorf in Lettland und Gregor Meyer-Landrut, Deutsch-Franzose. Beide brachten ein wenig internationales Flair ins Büro. Mairita ist Stipendiatin des IPP (Internationale Parlaments-Praktika), das der Deutsche Bundestag zusammen mit den drei Berliner Universitäten ausrichtet. Dies Programm ist weltweit einmalig. Studenten verschiedener europäischer Länder und der USA lernen im Büro einer Abgeordneten, eines Abgeordneten die Abläufe im Bundestag kennen. In ihren Heimatländern helfen ihnen diese Kenntnisse, Positionen in Wirtschaft und Ministerien zu finden.

In den letzten Wochen wurden im Bundestag wichtige Gesetze verabschiedet. Die FDP sieht die Reformschritte als nicht ausreichend an. Das Zuwanderungsgesetz ist durch den Fundamentalismus der Grünen und die Blockadehaltung der CDU deutlich schlechter als unser liberaler Entwurf war, das Stromeinspeisungsgesetz ist ein Subventionsgesetz insbesondere für die Windkraft zu Lasten aller Stromkunden, der Kompromiss über das Kommunale Optionsgesetz hat zu viele Schwächen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Sommerzeit, im Urlaub wie zu Hause gutes Wetter, Erholung und Entspannung.

Herzliche Grüße, Ihre

## Bundesregierung verhindert Chancen der Grünen Gentechnik

Mit der Novelle des Gentechnikgesetzes verhindert Rot-Grün die Nutzung der Grünen Gentechnik in Deutschland, statt die Koexistenz von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen und herkömmlich gezüchteten Pflanzen fair zu organisieren und eine Nutzung von Kulturpflanzen beider Züchtungsverfahren zu ermöglichen. Alle Methoden der Züchtung von Kulturpflanzen verändern Kulturpflanzensorten und verfolgen Ziele, die im Interesse der Nutzung liegen. Es gibt keine „natürlichen“ Züchtungsverfahren. Alle wichtigen Kulturpflanzenarten sind vom Menschen durch Züchtung verändert worden. Ohne diese Steigerung der Leistungsfähigkeit müssten noch sehr viel mehr Menschen auf der Erde hungern als jetzt. Die Verhinderung der Anwendung dieser Züchtungsmethode in Deutschland bedeutet, dass weitere Betriebe ihre Forschungsabteilungen ins Ausland verlegen, z. B. nach Ungarn, Schweden, Kanada, dass noch mehr gut ausgebildete Menschen ins Ausland abwandern. Die Produkte kommen auf unseren Markt, doch die Wertschöpfung findet im Ausland statt. Wir haben dies schon einmal erlebt: Das Verfahren zur Herstellung von Insulin durch gentechnisch veränderte Bakterien wurde in Deutschland entwickelt. Die erste Produktionsstätte wurde nach 13,5 Jahren genehmigt. Deutschland, ehemals die Apotheke Europas, hat diese Position nicht behaupten können. Wegen dieser Erfahrung hat sich die FDP sehr konsequent für die Anwendung der Gentechnik in Deutschland eingesetzt.



### In dieser Ausgabe:

Vorwort	1
Bundesregierung verhindert Chancen der Grünen Gentechnik	1
Potenziale nachwachsender Rohstoffe nutzen	2
Kennzeichnungspflicht bei Fermentationsprodukten	2
Schweinswalbestände in der Ostsee	2
Zuwanderungsgesetz verabschiedet	2-3
Emissionshandel unnötig kostspielig und bürokratisch	3
Erneuerbare Energien-Gesetz verabschiedet	3
Kompromiss Arbeitslosengesetz abgelehnt	3
Utspraak op platt-düütsch in Bunnestag	4
Vorschau	4

### Potenziale nachwachsender Rohstoffe nutzen

Das technische Potenzial der energetischen Verwertung von Biomasse beträgt in Deutschland Schätzungen zufolge rund 8 bis 10 % des Primärenergieverbrauchs. Zurzeit werden nur 2 % davon genutzt. Der Antrag der FDP-Fraktion (15/3358) führt neben der energetischen Anwendung verschiedene andere ökonomisch und ökologisch interessante Einsatzmöglichkeiten der nachwachsenden Rohstoffe auf: Weiterentwicklung von Bioschmierstoffen und -ölen, Herstellung von Rohstoffen für die industrielle Verwertung aus genetisch veränderten Pflanzen, Nutzung von Biogasanlagen und Holzpellets zu Heizzwecken, sowie die Herstellung pflanzlicher Dämm- und Faserstoffe. Großes Innovationspotential besitzt die „Blaue Biotechnologie“. Forschungsergebnisse zu Substanzen aus marinen Schwämmen lassen in naher Zukunft auf die Entwicklung von wirksamen Medikamenten zur Behandlung der Leukämie hoffen. Die FDP fördert verstärkte Forschung im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe und Markteinführung neuer Technologien, was dem ländlichen Raum, und somit besonders den strukturschwachen Gebieten Deutschlands, breite Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

### Kennzeichnungspflicht bei Fermentationsprodukten

Bei der Umsetzung der seit dem 19.4.2004 in Kraft getretenen Regelungen zur Kennzeichnung von Produkten, die von gentechnisch veränderten Organismen stammen, bestehen erhebliche Rechtsunsicherheiten. Es entstehen besondere Risiken für Betriebe der Ernährungswirtschaft, gegen die Vorschriften zu verstoßen. Vitamine (Vitamin C, Riboflavin), Aminosäuren, Enzyme (Chymosin) und andere Zusatzstoffe zu Lebens- und Futtermitteln werden zunehmend mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen produziert. Vor dem Hintergrund der Unklarheit, in welcher Weise bei der Umsetzung der Kennzeichnungsregeln diese Zusatzstoffe berücksichtigt werden müssen, hat die Kleine Anfrage „Kennzeichnungspflicht bei Fermentationsprodukten von gentechnisch veränderten Mikroorganismen“ initiiert. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort bestätigt, dass Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, nicht gekennzeichnet werden müssen. Dies ist sinnvoll, denn die Züchtungsmethode der Futterpflanzen beeinflusst die Qualität der Tiere in keiner Weise und damit auch nicht die Produkte.

### Schweinswalbestände in der Ostsee

Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich für Verbesserungen der Fischereitechnik ein, um einen nachhaltigen Bestandsschutz der Schweinswale in der Ostsee zu erzielen. Der Bestand an Schweinswalen in der Ostsee ist innerhalb der letzten Jahrzehnte deutlich zurückgegangen. Diese Dezimierung ist insbesondere auf die intensive Waljagd des frühen zwanzigsten Jahrhunderts, große fischereitechnische Fortschritte wie Treib- und Stellnetze und den Einsatz von polychlorierten Kohlenwasserstoffen in den Fünzigern und Sechzigern zurückzuführen. Heutzutage beträgt die Populationsdichte der Kleinwale in der Ostsee nur noch einige hundert Exemplare. Die FDP weist zusätzlich auf die unterschiedlichen Seefischereiverordnungen in den Ostsee-Anrainerstaaten hin. So haben dänische Fischer, im Gegensatz zu deutschen, keinerlei Größenbeschränkungen für ihre Schiffstonnage außerhalb der Dreimeilenzone. Diese Ungleichbehandlung sollte im Interesse der deutschen Fischer abgeschafft werden. Diverse bestehende vorbeugende Maßnahmen gegen Walbeifänge sind nicht zufrieden stellend. An den Stellnetzen angebrachte akustische Vergrämer (sogenannte Pinger), die Beifänge verhindern sollen, sind teuer und unhandlich und erfüllen nicht ihren Zweck. Aus diesen Gründen setzt sich die FDP-Bundestagsfraktion für die weitere Erforschung und Erprobung bereits bestehender Alternativen, wie z. B. reflektive Netze und andere geeignete Fischereitechniken zur Verminderung der Schweinswalbeifänge, ein.

### Zuwanderungsgesetz verabschiedet

Die FDP begrüßt, dass die monatelangen Bemühungen um einen Kompromiss für das neue Zuwanderungsgesetz zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen sind. Die Vermittlungsbemühungen der FDP zwischen Rot/Grün und CDU/CSU waren erfolgreich. In schwierigen Verhandlungsphasen nahmen letztlich sowohl grüne Fundamentalisten als auch konservative Hardliner von ihren Maximalforderungen Abstand, so dass ein Kompromiss für das neue Zuwanderungsgesetz erzielt werden konnte.

Die demnächst in Kraft tretende Neuregelung ist nach Auffassung der FDP wesentlich besser als das geltende Recht.

sich in die Gesellschaft zu integrieren. Es wurden Fortschritte im humanitären Bereich erzielt. Die Regelungen für den Arbeitsmarkt, der Einstieg in die nachholende Integration und die rechtsstaatliche Lösung von Sicherheitsfragen stellen insgesamt akzeptable Lösungen dar. Es ist erfreulich, dass sich die Erkenntnis, dass wir ein Zuwanderungsgesetz brauchen, spät, aber immerhin auf allen Seiten, durchgesetzt hat. Die FDP sieht ihre Vorstellungen weitgehend als erfüllt an und hat deshalb dem Zuwanderungsgesetz zugestimmt.

## Emissionshandel wird unnötig kostspielig und bürokratisch

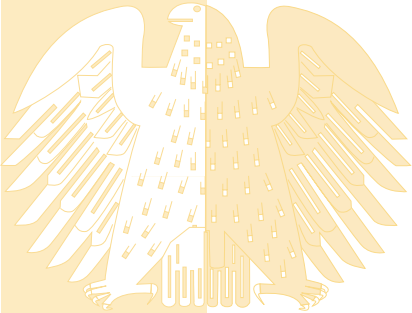
Deutschland hat das Kyoto-Protokoll unterzeichnet und sich damit verpflichtet, seinen Ausstoß an Treibhausgasen bis 2012 um 21 Prozent unter den Wert von 1990 zu verringern. Ein Beitrag dafür ist die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung des Zertifikatehandels für Emissionsrechte. Die FDP hat als erste Fraktion konkrete Vorschläge zum Emissionshandel formuliert, damit Deutschland rechtzeitig auf den Emissionshandel vorbereitet ist und die damit verbundenen ökologischen und ökonomischen Chancen und die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls für einen kostengünstigen Klimaschutz so schnell wie möglich nutzen kann. Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ist am 30. Juni zum dritten Mal ein Einigungsversuch über einen Zuteilungsplan für Emissionsrechte gescheitert. Die Koalition wird den Zuteilungsplan am 9. Juli wahrscheinlich gegen das Votum des Bundesrats mit Kanzlermehrheit beschließen. Nach Auffassung der FDP hat der Regierungsentwurf zahlreiche Mängel. Die Regelungen sind extrem kompliziert und bürokratisch. Dies ist für kleinere und mittlere Unternehmen besonders nachteilig. Die privaten Haushalte als Steuerzahler, Autofahrer und Wohnungsnutzer sowie die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen werden durch die Ökosteuern und durch das Kraft-Wärme-Koppelungs-Gesetz zusätzlich belastet.

## Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet

Der Bundestag hat am 2. April 2004, fast vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), eine umfassende Novelle zur Förderung der erneuerbaren Energien verabschiedet. Folgende Änderungen wurden beschlossen: Leichte Erhöhung der Vergütung für Strom aus Biomasse und Geothermie; leichte Reduzierung der Vergütungssätze bei der Windkraftnutzung, für günstige Standorte wird es dafür besondere Anreize geben; für Strom aus Solaranlagen gibt es künftig eine Grundvergütung, für Solaranlagen auf Gebäuden erhöht sich die Vergütung. Die FDP hat das Gesetz abgelehnt. Die massive Förderung der Nutzung der Windkraft zur Stromerzeugung hat eine Fehlentwicklung verursacht. Die Windenergie ist keine echte Alternative zur Stromproduktion aus fossilen Brennstoffen oder Kernkraftwerken. Sie ist allenfalls eine zusätzliche Energiequelle. Folgendes Beispiel verdeutlicht dies: Im vergangenen Jahr produzierten die zahlreichen Windräder in einem Zeitraum von 800 Stunden keinen Strom. Fast die Hälfte der Stromkosten in Deutschland sind politische Kosten und werden z. B. durch das EEG verursacht. Dadurch gehen in Deutschland zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Trotz der hohen Stromkosten in Deutschland sind die Kohlendioxidemissionen bei der Stromproduktion besonders hoch. Im EU-Vergleich stehen wir nach einer Auflistung der Umweltbundesamtes an viertletzter Stelle. Das ist ein Armutszeugnis.

## Kompromiss beim Arbeitslosengesetz abgelehnt

Die FDP stimmt dem Kompromiss beim ALG II nicht zu. Wir halten das Kommunale Optionsgesetz für gescheitert. Wirtschaftsminister Clement hatte im Dezember versprochen, dass alle Kommunen, die die Betreuung der Langzeitarbeitslosen unabhängig von den Arbeitsagenturen übernehmen wollen, dies können. Diese Möglichkeit wird jetzt nur 69 von 439 kommunalen Sozialhilfeträgern eingeräumt. Das ist eine willkürliche und unsinnige Beschränkung. Die Arbeitsagenturen sind mit der Betreuung der ALG II-Empfänger und ihrer Bedarfsgemeinschaften überfordert. Die Kommunen kennen die Probleme dieser Zielgruppe und haben individuelle Lösungen, die die Arbeitsaufnahme unterstützen. Clement schürt die Konkurrenz zwischen den Kommunen, optieren zu dürfen, statt zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen einen echten Wettbewerb zuzulassen. Die beteiligten Institutionen stehen jetzt unter hohem Zeitdruck. Das Programm für die Datenerfassung läuft noch nicht. Der Antrag auf ALG II ist ein bürokratisches Monstrum. Ursprünglich war neben Kosteneinsparungen die bessere Vermittlung und Betreuung der betroffenen Menschen das Ziel. Das ist in dem engen Zeitrahmen bis zum 1.1.2005 unmöglich zu schaffen. Die Reform soll nach Clements Angaben 400.000 Langzeitarbeitslose in zwei Jahren in Arbeit bringen. Das ist utopisch, weil die die rot-grüne Bundesregierung an den steuer-, arbeits- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen nichts mehr ändern will.



Informationen aus Berlin von  
Dr. Christel Happach-Kasan, MdB, (V.i.S.d.P.)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-70205, Telefax: (030) 227-76113  
Email: christel.happach-kasan@bundestag.de  
Internet: www.happach-kasan.de

## Snacken, as dat Muul wussen is - Utspraak op plattdüütsch

De Regierung het ihren Bericht över de Regional- und Minnerheitenspraken avgeben. „Dat kümmt nich oft vör, dat en wie ik von de Opposition wat von de Regierung laben deit“, het Jürgen Koppelin seggt. In acht Bunneslänner köönt Minschen Platt snacken. Dat is goot un mutt pleegt warn. Utsproken goot meent Koppelin, dat manch Paster wedder anfangt, sien Goddesdeenst op Platt aftoholen. „Denn is de Kark mal wedder richtig vull“. Bi disse Gelegenheit het he ok de Wachholtz-Verlag ut Niemünster laben dahn, de in Dezember von dat letzte Johr dat „Ne’e Testament“ in plattdüütsch rutbrocht het. Klor is aver ok, dat dat mit Geld oder mit Anwiesungen vun de Regierung nich doon is. „Wi mööt dorför sorgen, dat ok in’t Öllernhuus wedder plattdüütsch oder friesisch oder dänisch – oder wat jümmers dor is – snackt ward“, so Koppelin wieder. Tosammenfaten deit Koppelin sien Bidrag mit denn Helgoländer friesischen Utspruch: En Lun sönnner Spreek es en Lun sönnner Seel. Översetten heet dat: En Land ohne Spraak is en Land ohne Seel.

## Weitere FDP-Initiativen im Bundestag

- FDP fordert Regierungserklärung zur Haushaltssituation des Bundes (Antrag 15/3360)
- Bildungsarmut in Deutschland bekämpfen (Antrag 15/3356)
- Regelungen des Ladenschlusses den Ländern überlassen (Antrag 15/3359)
- Tourismus sichert bis zu 2,8 Mio Arbeitsplätze in Deutschland (Antwort 15/2033 auf Große Anfrage)
- FDP tritt für die Einführung eines lebenslang gültigen Ausbildungspasses ein (Gesetzentwurf zur Reform des Berufsausbildungsrechts 15/3325)
- Jährlich abgegebene elektronische Steuererklärungen haben sich verdoppelt (Antwort 15/3277 auf die Kleine Anfrage)

## Ich habe Interesse an weiteren Informationen zu folgenden Themen:

(Bitte schicken Sie uns dieses per Post oder per Fax an 030/227-76113)

- |   |  |
|---|--|
| <input type="radio"/> Antrittsrede von Bundespräsident Horst Köhler | <input type="radio"/> Grüne Gentechnik   |
| <input type="radio"/> Nachwachsende Rohstoffe                       | <input type="radio"/> Emissionshandel  |
| <input type="radio"/> Erneuerbare Energien                          | <input type="radio"/> Zuwanderungsgesetz   |
| <input type="radio"/> Schweinswalbestände in der Ostsee             | <input type="radio"/> Protokoll de Utspraak över Regional- und Minnerheitenspraken |
| <input type="radio"/> Sonstiges: _____                              |  |

Name: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_